

# Interview

## **„Jetzt sind die Innenministerien gefordert“**

### **Akzeptanz der neuen Kontrollbesuche steht auf dem Spiel**

Der Vorsitzende des Verbandes für Waffentechnik und –geschichte, Dr. Hans Scholzen, im Gespräch zu den Umsetzungsschwierigkeiten der umstrittenen Kontrollbesuche von Legalwaffenbesitzern

**Herr Dr. Scholzen, welche Probleme ergeben sich derzeit bei den unangekündigten Kontrollbesuchen von Legalwaffenbesitzern?**

**Dr. Scholzen:** „Die umstrittenen Kontrollbesuche sind mit einer ganzen Reihe von Problemen behaftet. Derzeit am dringlichsten ist die Frage, welche Gründe Legalwaffenbesitzer berechtigen, eine unangekündigte Kontrolle abzulehnen, ohne dass sie ihre waffenrechtliche Erlaubnis verlieren. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit einer Ablehnung zwar eingeräumt, aber nicht weiter definiert. Lassen sie mich die Rechtslage kurz zusammenfassen: Durch die Änderung des Waffengesetzes nach dem Amoklauf von Winnenden wurde in § 36 Abs. 3 WaffG die Pflicht des Waffenbesitzers eingeführt, der Erlaubnisbehörde zum Zwecke der Überprüfung der Aufbewahrung Zutritt zum Aufbewahrungsort zu gewähren. Dabei handelt es sich regelmäßig um die privaten Wohnräume und damit um einen Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung aus Artikel 13 GG. Eine nicht nachvollziehbare Verweigerung der Mitwirkungspflicht führt in der

Konsequenz zur Annahme der Unzuverlässigkeit des Waffenbesitzers und schafft damit die Voraussetzung für den möglichen Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse nach § 45 Abs. 2 WaffG. Da die Verweigerung der Mitwirkungspflicht nur dann nicht die Annahme der Unzuverlässigkeit auslöst, wenn nachvollziehbare Gründe hierfür vorliegen, hat der Gesetzgeber dem Waffenbesitzer das Risiko aufgebürdet, dass seine angegebenen Gründe nicht ausreichend sind.

Somit kann sich, überspitzt gesagt, jedes mit der Kontrolle beauftragte Amt seine eigenen Gedanken dazu machen, welche Gründe für eine Ablehnung akzeptiert werden und welche nicht. Eine endgültige Klärung, ob ein bestimmter Grund nun dazu berechtigt, die Kontrolle abzulehnen oder nicht, würde dann gerichtlich geklärt werden müssen. Nicht nur die zu erwartende Prozessflut und die damit verbundenen Kosten sind zu kritisieren, sondern vielmehr die Rechtsunsicherheit, die sich dadurch faktisch ergibt.

**Warum ist diese Fragestellung so drängend. Das neue Waffenrecht enthält doch eine Vielzahl weiterer kritischer Bestimmungen?**

**Dr. Scholzen:** Das ist richtig. Der Kontrollbesuch ist jedoch aus zwei Gründen besonders wichtig: Erstens war und ist der verdachtsunabhängige Kontrollbesuch, der, wie wir ja jetzt sehen, faktisch einen Zwang darstellt, die Unverletzlichkeit der Wohnung aufzugeben, verfassungsrechtlich bedenklich – und noch nicht rechtlich final geklärt. Zweitens kann ein solcher Besuch jeden Legalwaffenbesitzer jeden Tag treffen. Und es gibt eine Vielzahl von Gründen, die man als berechtigt betrachten kann, eine solche Kontrolle abzulehnen. Denken Sie z.B. an Waffensammler mit einer Vielzahl von historisch bedeutsamen und wertvollen Waffen, die man nicht in einer Viertelstunde alle prüfen kann. Wenn Sie dafür ein bis

zwei Stunden veranschlagen und sich vorstellen, sie sind im Begriff eine Verabredung oder einen Geschäftstermin wahrzunehmen oder sie haben selbst geschäftlichen oder privaten Besuch, ist das Problem offenkundig. Oder nehmen Sie an, sie haben ein krankes Kind zu Hause oder sind selbst krank. Ist das ein berechtigter Absagegrund oder nicht?

**Welche weiteren Probleme haben sich im Zusammenhang mit dem Kontrollbesuch ergeben?**

**Dr. Scholzen:** Einige. Durch die Medien ging z.B. die Meldung von den „durchsetzungsstarken“ Hilfskräften auf 400 Euro Basis, die gesucht wurden, um Kontrollen vorzunehmen, weil man nicht genug ausgebildetes Personal hatte. Nicht wenige Legalwaffenbesitzer hatten in diesem Zusammenhang wohl ein Problem damit, ihre teilweise wertvollen Waffensammlungen und ihre Privatwohnung zu öffnen. Auch hat sich als kritisch erwiesen, dass Sammler, Jäger und Sportler in aller Regel berufliche Verpflichtungen haben, die sie während der üblichen Arbeitszeiten einer Behörde nicht zu Hause sein lässt, so dass faktisch nur ein kleines Zeitfenster für eine Kontrolle zur Verfügung steht, denn zur „Unzeit“, also während der Nachtruhe, darf mit Recht nicht besucht werden. Und schließlich möchte ich auf das psychologische Element der Kontrollbesuche verweisen: Unbescholtene und im Übrigen mehrfach polizeilich überprüfte Bürger und ihre Familien sehen sich auf einmal faktisch einem Generalverdacht ausgesetzt und werden mit unangemeldeten und dementsprechend auch unangenehmen Kontrollen in ihrer Freizeit konfrontiert. Das kann z.B. für Kinder im Haushalt durchaus verwirrend sein. Und ich kann verstehen, dass sich eine ganze Familie dadurch stigmatisiert fühlt und angesichts der täglichen Medienberichte über Gewalttaten Zweifel am Realitätssinn der Politik aufkommen. Es ist jedoch zu hoffen, dass die Innenministerien mit einer Definition der berechtigten

Gründe oder beispiele zumindest einem Missstand abhelfen.

### **Kontakt**

Verband für Waffentechnik und –geschichte (VdW)

Oststraße 154

40210 Düsseldorf

Tel.: 02 11 - 46 48 44

Fax: 02 11 - 48 90 35

Email: [info@vdw-duesseldorf.de](mailto:info@vdw-duesseldorf.de)

Internet: [www.vdw-duesseldorf.de](http://www.vdw-duesseldorf.de)